

bedarf im Alltag, wie Betreuung, Hausaufgabenhilfe und allgemeine Lebenshilfe.

Zu den Fragen 2 und 3: Im Immobilienbestand des Sondervermögens Immobilien und Technik gibt es kaum Räumlichkeiten, die den spezifischen Anforderungen von Flamingo Gym entsprechen. Denn der Verein ist nach eigener Aussage auf eine innerstädtische Lage und besondere statische Bedingungen angewiesen. Aktuell prüfen Immobilien Bremen und Flamingo Gym einen konkreten Standort.

Die vorübergehende Nutzung vorhandener öffentlich finanzierter Sportanlagen für die Vereinstätigkeit löst die Unterkunftsprobleme des Vereins aber nur in Teilen, da er nicht nur auf Sportanlagen angewiesen ist, sondern auf Räumlichkeiten, die neben dem täglichen Training gerade auch eine weitere Betreuung und Unterstützung ermöglichen. Die öffentlichen Sportanlagen im innerstädtischen Bereich bieten nicht in ausreichendem Maße solche ergänzenden Räumlichkeiten. Immobilien Bremen und das Sportamt werden mit dem Verein kurzfristig erörtern, in welchem Maße Sportanlagen in der Stadtgemeinde Bremen für eine Übergangszeit zur Verfügung gestellt werden können. Gleiches gilt für die Senatorin für Soziales in Hinblick auf bestehende Jugendfreizeiteinrichtungen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Gottschalk, haben Sie eine Zusatzfrage?

(Abg. Gottschalk [SPD]: Nein, danke, ich freue mich, dass dort Gespräche geführt werden und bin optimistisch! - Danke!)

Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Wohnen und Lernen in Walle**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Werner, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Idee, den Standort der Berufsschule für Großhandel, Außenhandel und Verkehr in Walle von der Ellmersstraße in die Überseestadt zu verlegen, aus bildungspolitischer Sicht?

2. Welche Wirkung hätte eine Ansiedlung für die weitere Entwicklung der Überseestadt?

3. Welche quartiersentwicklungs- und wohnungsbaupolitischen Ziele könnten in der Ellmersstraße verwirklicht werden, wenn der Schulstandort aufgegeben würde?

Präsident Weber: Diese Frage wird beantwortet durch Herrn Staatsrat Dr. Heseler.

Staatsrat Dr. Heseler: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: Die Überprüfung des baulichen Zustands der Berufsschule für Großhandel, Außenhandel und Verkehr in der Ellmersstraße hat ergeben, dass ein Neubau wirtschaftlicher ist als eine umfängliche Sanierung, um die Mängel an dem Gebäude zu beseitigen. Ein Neubau in der Überseestadt wäre aus bildungspolitischer Sicht sinnvoll. Hierdurch könnte sich die Möglichkeit ergeben, das Angebot der Berufsschule durch Einbindung und Mitnutzung entsprechender Bildungsträger für Handel und Logistik weiterzuentwickeln. Die Berufsschule ist ein wesentlicher Faktor für Bremen als Handels- und Logistikzentrum, dem die Überseestadt als Standort für die Schule entgegenkäme.

Zu Frage 2: Die Überseestadt könnte von der Ansiedlung der Berufsschule profitieren, wenn ein geeigneter Standort entwickelt wird. Die Schule kann zur Belebung der Überseestadt beitragen. Mit der thematischen Ausrichtung der Berufsschule könnte der in der Überseestadt bereits vorhandene Branchenschwerpunkt in Bezug auf Großhandel, Außenhandel und Verkehr weiter gestärkt werden.

Zu Frage 3: Die Nachbarschaft der Berufsschule Ellmersstraße im Ortsteil Utbremen ist bis auf ein Kinder- und Familienzentrum ausschließlich durch Wohnnutzungen geprägt. Vor diesem Hintergrund und auch wegen seiner innenstadtnahen Lage und der guten Anbindung an den ÖPNV eignet sich der Standort sehr gut für Wohnungsbau. Hierdurch könnten Utbremen und der Grünzug West profiliert werden. Soweit benötigt, kann hierbei auch quartiersbezogene Infrastruktur integriert werden. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Fecker, haben Sie eine Zusatzfrage?

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank für die Antwort, Herr Staatsrat! Wie sieht denn die weitere Zeitplanung aus? Sie haben in Ihren Antworten gefühlt sehr häufig den Konjunk-

tiv verwandt. Welche weiteren Planungen gibt es für beide Stränge?

Staatsrat Dr. Heseler: Ich glaube, es muss ein geeignetes Grundstück gefunden werden. In der Überseestadt gibt es viele Möglichkeiten. Wenn wir ein Grundstück anbieten können, das sogar etwas abseits der üblichen Schwerpunkte liegt, trägt das insbesondere zur Behebung der Probleme in der Überseestadt bei. Das ist ein wesentlicher Schritt.

Dann muss natürlich im Bildungsressort die Entscheidung getroffen werden, dass ein solcher Neubau möglich ist. Ich glaube, es ist ziemlich klar, dass sich eine Sanierung nicht lohnen, nicht rechnen wird. Also muss zunächst diese Entscheidung getroffen werden.

Dann sind wir, soweit es uns als Wirtschaftsressort angeht, sehr schnell handlungsfähig. Grundstücke können wir bieten. Dann kann man auch schnell entscheiden.

Präsident Weber: Herr Kollege Fecker, eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Haben Sie schon konkrete Grundstücke im Auge, die Sie der Senatorin für Bildung vorschlagen würden?

Staatsrat Dr. Heseler: Da müssten wir in das konkrete Gespräch hineingehen. Ich denke, das ist kein Problem. Das werden wir sehr schnell und zeitnah erledigen können.

Präsident Weber: Herr Staatsrat, eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Pohlmann!

Abg. **Pohlmann** (SPD): Herr Staatsrat, in Ihrer Antwort ist eine Frage nicht beleuchtet worden. Die Frage des Ersatzbaus für den Schulstandort Ellmersstraße ist nicht - so, wie die Frage hier entwickelt wurde - eine ganz neue Geschichte; da hat es schon Beratungen und Besprechungen auch auf Beiratsebene gegeben. Ich setze voraus, das ist Ihnen, aber auch den Fragestellern bekannt.

(Staatsrat Dr. Heseler: Ja!)

Dort hat gerade die Frage eines Schulstandorts in der Überseestadt eine wichtige Rolle gespielt.

Frage: Berücksichtigen Sie bei der Grundstückssuche auch die Möglichkeit - gerade für die Schülerinnen und Schüler -, dieses Grundstück mit dem ÖPNV zu erreichen?

Staatsrat Dr. Heseler: Ich glaube, dass auch die Überseestadt zunehmend besser durch den ÖPNV erreichbar ist. Wir haben in der letzten Zeit auch schon einiges gemacht. Es gibt dort vor allen Dingen Firmen, die dazu passen. Ich will nur Beispiele wie Maersk, MSC, den Großmarkt selbst und viele andere nennen. Das passt gut zusammen. Es ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar. Dafür setzen wir uns ein. Zur Not werden wir einen weiteren Ausbau machen. Wir haben die langfristige Planung mit der Straßenbahn. Da wird es viele Möglichkeiten geben. Die Ellmersstraße selbst kann dann gut für Wohnnutzung genutzt werden. Ich glaube, es ist auch ein ganz wichtiger Faktor, der sich sehr positiv auf die Stadtentwicklung auswirken könnte.

Präsident Weber: Herr Kollege, eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Pohlmann** (SPD): Das neue Schulgelände benötigt round about 5 000 Quadratmeter. Frei würde im Bereich Ellmersstraße - das unterstützt Ihre Aussage - ein Areal von insgesamt 13 000 Quadratmetern.

Die Frage, die ich an den Senat richte, ist: Wie wird es gelingen, den Anspruch, den Sie eben vollkommen richtigerweise entwickelt haben - Verknüpfung mit Gewerbebetrieben, insbesondere mit Außen- und Großhandel -, zeitnah mit den Firmen umzusetzen?

Staatsrat Dr. Heseler: Die Firmen kennen das Thema. Sie sind sehr offen dafür. Wir haben viele Möglichkeiten, direkt mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Wir hatten gerade gestern die Mitgliederversammlung der ISH, der Unternehmen der Hafen- und der Logistikwirtschaft, die in der Überseestadt sehr stark verankert sind. Sie kennen das Thema auch. Wir können mit den Unternehmen dort ganz schnell Netzwerke bilden. Die Schule kann in der Tat die Überseestadt weiter beleben. Wir haben den Schwerpunkt in Dienstleistung, in Wohnnutzung. Eine Schule ist dafür ein wichtiger Standort. Deswegen ist das aus unserer Sicht sehr positiv. Ich hoffe, dass wir bald eine Entscheidung hinbekommen, dass der Weg in die Überseestadt geht.

Präsident Weber: Herr Kollege, eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Pohlmann** (SPD): Eine Bemerkung vorweg! Utbremen betrifft nicht nur Wohnbebauung. Dort haben wir auch den Panzenberg. Das ist die Spielstätte des Bremer Fußballmeisters. Das woll-

te ich noch ergänzen. - Herzlichen Dank, Herr Präsident!

Präsident Weber: Herr Staatsrat, weitere Zusatzfragen liegen nun nicht mehr vor.

Die vierte Frage verlangt vom Senat Auskunft über **mobile Hühner in Bremen**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Saffe, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Saffe!

Zu Frage 3: Auf welchen Flächen mobile Geflügelställe aufgestellt werden können, kann allgemein nicht beantwortet werden. Jeder Standort ist planungs- und immissionsschutzrechtlich zu prüfen, die Nutzung muss in den Gebieten zulässig sein und es muss sich um eine bebaubare Fläche handeln. Zudem sind auf bremischem Gebiet umfangreiche wichtige Brut-, Rast- und Sammelflächen vorhanden, auf denen sich jahreszeitlich abhängig insbesondere unterschiedlichste Wasservögel aufhalten. Diese Vielgestaltigkeit steht einer pauschalen Regelung daher entgegen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Saffe, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Saffe** (Bündnis 90/Die Grünen): Das lässt mich ein bisschen ratlos zurück. Das fängt ja erst ganz gut an. Es gibt eine sehr gute Förderung, 30 bis 40 Prozent der Investitionssumme, eine erhöhte Punktzahl beim Auswahlverfahren wegen Naturnah und tiergerecht, aber dann kommen in den nächsten Antworten eine ganze Reihe von Anforderungen, dass das eine und das andere nicht sein darf, diese oder jene Bedingung erfüllt sein muss. Da habe ich erst gedacht, das ist fast ein K.o.. Sie schließen aber dennoch nicht aus, dass es irgendwo in Bremen möglich ist, diese Hühnerställe zu errichten, wenn ein Landwirt oder eine Landwirtin das möchte?

Staatsrat Härtl: Nein, ich schließe das nicht aus. Wenn eine entsprechende Fläche gefunden wird, wird das sicherlich möglich sein.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Saffe** (Bündnis 90/Die Grünen): Kann es diese Fläche irgendwo in Bremen geben?

Staatsrat Härtl: Ja!

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Saffe** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie können mir nicht sagen - -. Das läuft darauf hinaus, wer das möchte, der muss einen Einzelantrag an das LMTVet richten und dann gibt es eine Einzelfallprüfung. Habe ich das richtig verstanden?

Staatsrat Härtl: Die Prüfung durch den LMTVet wird auch erforderlich sein. Es ist im Wesentlichen aber eine bauordnungsrechtliche Frage. Es muss eine bebaubare Fläche sein, die nach Bauordnungsrecht auch mit einem solchen Bau, und eine solche mobile Geflügelhaltung ist ein Bau im bauordnungsrechtlichen Sinn - -. Es muss also bebaubar sein. Beide Prüfungen sind erforderlich.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Saffe** (Bündnis 90/Die Grünen): Grundsätzlich geht es bei den mobilen Hühnerställen um 250 bis 1 000 Hühner, die draußen frei herumlaufen und nicht irgendwo im Käfig sind. Das hat ja auch etwas mit artgerechter Haltung zu tun. Im Koalitionsvertrag steht, dass wir uns für artgerechte Haltung, Biolandbau und Regionalmarketing einsetzen wollen. Ist das denn in Ihrem Sinne?

Staatsrat Härtl: Sich dafür einzusetzen? Selbstverständlich!

Abg. **Saffe** (Bündnis 90/Die Grünen): Der Senat begrüßt also die Möglichkeit - -.

Präsident Weber: Herr Abgeordneter, der Staatsrat muss auch die Zeit haben die Fragen zu beantworten! - Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Härtl: Ja, der Senat begrüßt die Möglichkeit, mobile Geflügelstaltungen zu unterhalten, es müssen aber die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sein. Wo das in Bremen im Einzelfall der Fall ist, kann ich Ihnen nicht sagen. Ich halte es aber nicht für ausgeschlossen, dass es entsprechende Flächen gibt. Entsprechende Anträge werden wir dann auch wahrscheinlich positiv bescheiden.

Präsident Weber: Herr Staatsrat, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf die **Stärkung der Sozial- und Betreuungsangebote für Prostituierte**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Piontkowski, Frau Häsler, Dr. vom Bruch, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Piontkowski!